



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/201 - 6. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Verwirrung der Begriffe

42

CDU/CSU-Propaganda - Leitfaden des schlechten Gewissens

2

Noch eine Atempause für Bonn?

46

Centrale neutralisierten sich

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

3 - 4

Berlins Schatten über Kopenhagen

61

Innenpolitische Spannungen beigelegt

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

5

Verstärkte Gefahren aus der Luft

52

Die Wirkungen der russischen Atombombenversuche

6 - 7

Niederlage der Spaltungsgewerkschaft

62

Betriebsrätewahlen in Saarbergbau für die

IG Bergbau und Energie

* * *

* *

Verwirrung der Begriffe

CDU/CSU-Propaganda - Leitfaden des schlechten Gewissens

sp - Wie ein Leitfaden des schlechten Gewissens zieht sich durch die Wahlpropaganda der CDU/CSU die Behauptung, die Regierung Adenauer habe die "Freiheit und Sicherheit des deutschen Volkes" gewährleistet. Die Tatsache der ständig variierten Wiederholung dieser Unwahrhaftigkeit zeigt den schwächsten Punkt der Adenauer-Politik. Auch der Plakatslogan "Setzt Deutschland nicht aufs Spiel!" spricht die gleiche Sprache.

- * Mit dieser Methode lenkt die CDU/CSU von Gegenwart und Zukunft
- * ab; sie will den Blick der Wähler in der Bundesrepublik nach
- * rückwärts richten und diese vergessen lassen, dass trotz Aden-
- * auers Politik die 17 Millionen Deutschen jenseits der Zonen-
- * grenze n i c h t in Freiheit leben.

Wer heute, angesichts der Atombrohungen Chruschtschows, von der Sicherheit des deutschen Volkes als Ergebnis von Adenauers Politik spricht, ist nicht mehr ernst zu nehmen.

Nicht nur die Sicherheit des deutschen Volkes ist bedroht, ganz Europa sitzt auf einem Pulverfass, und es wird einer sehr starken Bundesregierung bedürfen, um durch d e u t s c h e Anregungen zur Sicherung des Friedens zu helfen, den Zustand einer wenigstens relativen Sicherheit wiederherzustellen.

Die CDU/CSU-Propaganda versucht ausserdem zu unterstellen, die Politik Adenauers habe uns der Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden nähergebracht; ihre Fortsetzung könne das - wie Adenauer einmal sagte - "begonnene Werk vollenden".

Auch das ist falsch. Kaum jemals seit 1945 sind wir - leider! - der Wiedervereinigung entfernter gewesen denn jetzt. Sogar Berlin, jene stets gefährdete Insel der Freiheit, ist heute durch Stacheldraht und Betonmauern getrennt; ihr östlicher Sektor wurde mit brutaler Gewalt dem Regime von Pankow unterjocht.

Das "Überspielen" dieser erschreckenden Tatbestände durch die dauernde und bewusst in die Wahlpropaganda eingeführte Verwirrung der Begriffe "Deutschland" und "Bundesrepublik" lässt also vermuten, dass Adenauer und seine politischen Freunde auf die Kurzsichtigkeit eines Teiles der Wähler im Westen unseres Vaterlandes spekulieren.

Dieser Wahlkampf hat mehrere betrübliche Merkmale. Persönliche Dif- famierungen und angedeutete, aber durch nichts beweisbare Unterstel- lungen gehören seit jeher zum "Handwerkszeug" des greisen Bundeskanzlers.

Über d i e s e Dinge wird man hinwegkommen, denn Lügen haben kurze Beine.

Gefährlich jedoch und an der Substanz der Nation nagend ist die mit ungeheuren finanziellen Mitteln von der CDU/CSU jetzt in den Wahl- kampf eingeführte Verwirrung der Begriffe.

Noch eine Atempause für Bonn?

Neutrale neutralisierten sich

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Nach einer Vielzahl grosser Reden, in denen mindestens ein Drittel der in Belgrad versammelten Staats- und Regierungschefs der "Gipfelkonferenz der Neutralen" das faktische Bestehen zweier deutscher Staatsgebilde teils in profilierter oder weniger scharfer Form anerkannt hatte, ist die Schlussresolution der Konferenz in der deutschen Frage mässiger ausgefallen als es die optimistischsten Beobachter erwartet hatten. War man sich klar gewesen, dass die Resolution keinen konkreten Plan für die Lösung des Deutschland- und Berlinproblems enthalten werde, so befürchtete man doch, dass die acht Stimmen der bislang angesehensten Vertreter einer blockfreien Politik, die der Existenz Pankows in irgendeiner Form Rechnung trugen, sich gegen die vier entschiedensten Verfechter eines westlichen Standpunktes mit der Aufnahme der Formel der "bestehenden Wirklichkeit" durchsetzen würden.

Diesen bitteren Kelch zu leeren ist der Bundesrepublik im letzten Augenblick doch noch erspart geblieben. Dies ist jedoch weniger ausschliesslich der vermittelnden Weisheit eines Nehru zu verdanken, wie man sicherlich vielfach demnächst zu lesen bekommen wird, der sich ja selbst für die "Tatsache zweier deutscher Staatsgebilde" ausgesprochen hatte, sondern hat ganz andere Ursachen. Die beiden extremen Gruppen der Neutralen in dieser Frage, zwischen denen eine Vielzahl sich nicht deutlich festlegender Staaten lag, neutralisierten sich in der Deutschlandfrage selbst. Hierin waren die aufeinanderprallenden Meinungen unversöhnlicher denn in jedem anderen Punkt, und da auch unter den sich gerade zu einer stärkeren Einheit formierenden Blockfreien das gewöhnlich vorwiegend den Grossmächten vorgeworfene Prestigedenken nicht ganz unverbreitet ist, bestimmte der Wunsch nach einer formalen Einheitlichkeit die in konkreten Einzelfragen noch so stark auseinanderstrebenden Konferenzteilnehmer. Den Kompromiss, den man in vielstündigem Tauziehen hinter den Kulissen schliesslich der Weltöffentlichkeit präsentierve, klingt nach dem Belgrader Gewittergrollen und Aufwand fast etwas banal. Im letzten, dem siebenundzwanzigsten Punkt, der Resolution stand zu lesen, das Deutschland- und Berlinproblem sei kein regionales, sondern für die zukünftige Entwicklung der internationalen Beziehungen entscheidendes Problem, das die beteiligten Seiten nur mit friedlichen Mitteln zu lösen sich bemühen sollten. Dies liess sich fast wie ein Sieg des Westens lesen, erinnerte man sich all der Reden nicht, mit denen namhafte Politiker der blockfreien Welt nicht nur die bundesrepublikanische Öffentlichkeit tagelang erschütterten.

Die Hallstein-Doktrin ist tot, wemgleich dadurch, dass ihr ein tapferer orthodoxer Erzbischof den Segen verweigerte, das Belgrader Begräbnis der von Tito, Nkrumah und Sukarno erhofften Feierlichkeit und imposanten Grösse entbehrten.

Die Frage ist jetzt, ob die bundesdeutsche Aussenpolitik noch eine Atempause erhalten wird, die optimal zu nutzen die Belgrader Konferenz eindringlich mahnt.

Berlins Schatten über Kopenhagen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Nach wochenlangen Beratungen wurde zwischen dem dänischen Ministerpräsidenten Viggo Kampmann und der Führung der liberalen Partei eine koalitionspolitische Vereinbarung getroffen, die die Fortführung der jetzigen Regierung in Dänemark gewährleistet. Mehr oder weniger indirekt hat dabei die Berlinkrise und die verschärfte weltpolitische Lage den Ausschlag gegeben. Ein unstrittener Punkt bei den Verhandlungen war nämlich die Frage der NATO-Zusammenarbeit zwischen Dänemark und der Bundesrepublik. Vor ungefähr einem Jahr hatte der Oberbefehlshaber der NATO, General Laurid Norstad, einen Vorschlag gemacht, der einen Kompromiss zwischen den Forderungen des deutschen Verteidigungsministeriums und den Gesichtspunkten der dänischen Regierung vorsah. Auch diese Kompromisslösung, die eine gemischte und turnusmäßige Verteilung der Kommando-posten beinhaltete, war mehr, als die liberale Partei gutheissen konnte.

In der Regierungserklärung wird nunmehr festgestellt, dass das ursprünglich geplante zweiseitige dänisch-deutsche Flottenkommando für die Ostseestreitkräfte unter einem deutschen Oberbefehlshaber endgültig aufgegeben wurde. Stattdessen besteht die dänische Regierung darauf, dass Drittländer - Grossbritannien, USA, Kanada oder Norwegen - hinzugezogen werden sollen, damit die Frage eine "internationalisierte" Lösung findet. Das Flottenkommando soll wechselweise unter dänischer und deutscher Leitung stehen, aber die Gesamtordnung soll unter Beibehaltung der NATO-Nordregion bestehen bleiben.

Über eine Lösung nach diesen Gesichtspunkten sollen Verhandlungen jetzt weitergeführt werden, aber ein Abschluss der Erörterungen ist für dieses Jahr nicht vorgesehen. Es wird betont, dass von dänischer Seite auch Überlegungen, die in Zusammenhang mit der aktuellen internationalen Situation stehen, in die gesamten Beratungen einbezogen werden sollen. Die dänische Regierung möchte nichts unternehmen, was

die kommenden Berlin- und Deutschlandverhandlungen zwischen Ost und West irgendwie beeinträchtigen könnte. Obwohl Dänemark auch weiterhin der NATO-Politik treu bleibt, geht man davon aus, dass möglicherweise neue internationale und europäische Gesichtspunkte, die zur Entschärfung der Spannungen in der Deutschlandfrage beitragen mögen, früher oder später aktuell werden; es wäre deshalb unklug, lokale NATO-Kommandofragen gerade jetzt zu lösen, die vielleicht doch später in einem neuen Licht bewertet werden müssen.

Die koalitionspolitische Neuregelung war schon bei der Regierungsbildung nach den Parlamentswahlen im November vorigen Jahres vorgesehen und wurde notwendig auf Grund des Ausscheidens von zwei der fünf liberalen Regierungsmitglieder, die die Altersgrenze erreicht haben. Die neuen Ernennungen und eine mögliche Neuaufteilung gewisser Ministerien werden demnächst bekanntgegeben. Ausser den militär- und ausserpolitischen Vereinbarungen haben die beiden Parteien ein gemeinsames Arbeitsprogramm ausgearbeitet, das bei der Eröffnung der Herbstsession des Folketings Anfang Oktober von Ministerpräsident Kampmann vorgelegt wird.

Auch von der Bawernpartei Venstre, die die grösste Oppositionspartei darstellt, wurde die Vereinbarung über die Verschiebung der NATO-Kommandofrage im grossen und ganzen mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Nur innerhalb der konservativen Partei, der zweitgrössten Oppositionspartei, erheben sich Stimmen, die auf eine Lösung des Kommandoverhältnisses im Sinne General Horstads drängen. Aber im allgemeinen gilt, dass die weit überwiegende Mehrheit der dänischen Öffentlichkeit die Haltung der sozialdemokratisch-liberalen Regierung gutheisst. Im innenpolitischen Bereich gibt es keine Faktoren, die eine nützliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungsparteien erschweren können. Die Linie der Regierung Kampmann-Skytte verfolgt weiterhin das praktische Ziel, das durchzuführen, worüber man sich einigen, und das liegen zu lassen, worüber man sich nicht einigen kann. Dieses Rezept hat sich bis jetzt gut bewährt.

Verstärkte Gefahren aus der Luft

kn. - Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow hat neue Atombombenversuche unternommen, nachdem - abgesehen von einigen geringfügigen französischen Experimenten in der Sahara - die drei grossen Atombomben-Mächte Amerika, England und Russland drei Jahr lang auf alle Experimente verzichtet haben. Man sollte sich angesichts dieser neuen Handlung Chruschtschow an die grauenhafte Unmenschlichkeit erinnern, die noch vor drei Jahren im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion in der Welt stand, als der unheimliche Strahlungspegel um und über uns immer bedrücklicher anschwell.

Ausgangspunkt der öffentlichen Diskussion war unter anderem auch ein Bericht des medizinischen Forschungsrates in Grossbritannien über die Strahlengefährdung des Menschen, der im einzelnen die Beziehungen zwischen übermässiger radioaktiver Strahlung und den verschiedenen Krebsarten aufzeigt. Es wird auch in dem Bericht auf die Zerstörung der Erbanlagen durch die Strahlungsfolgen von Atombombenversuchen hingewiesen und hier hiess es damals:

- * "Wenn die Mutationsraten auf dem doppelten heutigen Stand blieben,
- * dann könnte sich die Häufigkeit der Geisteserkrankungen nach den
- * pessimistischsten Vermutungen ebenfalls verdoppeln."

Vielleicht sollte man dem hinzufügen, dass noch im März dieses Jahres in Nagasaki ein Kind ohne Gehirn geboren wurde, dessen Eltern bei der Explosion der ersten Atombombe 1945 radioaktiven Strahlungen ausgesetzt gewesen sind.

Auch die Nationalakademie der Wissenschaften der Vereinigten Staaten legte seinerzeit eine Studie über die gefährlichen Wirkungen ionisierender Strahlen vor. Die Nationalakademie kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass wir die Strahlengefahren nur verringern können, wenn die Atomwaffenteste eingeschränkt werden, um dadurch den "fall out" zu vermindern, jener aus der Rinde der Atmosphäre auf uns niederrieselnden Schicht kleinster Teilchen, die gefährlich strahlen.

Nun, seit drei Jahren ist der Vorrat an Strahlungsteilchen über uns nicht mehr angewachsen sondern langsam auf uns niedergeregnet und weniger dicht und intensiv geworden, so dass wir erwarten konnten, in absehbarer Zeit wieder einen Normalstand der künstlichen Strahlungsbelastung zu erreichen. Wenn nun die Sowjetunion mit neuen Atombombenversuchen aufwarte, muss unweigerlich der Strahlungspegel vor allem über der nördlichen Halbkugel anwachsen. Wir werden wieder stärkeren Strahlungen ausgesetzt. Ein Anwachsen der Krebserkrankungen und eine Zunahme der Vererbungschäden ist die unweigerliche Folge.

Durch die Erklärung von Chruschtschow ist eindeutig erkennbar, dass die verantwortliche Macht für die dann zunehmende Gefährdung der Menschheit Sowjetrussland ist. Man sollte hierzu auch noch einmal auf das japanische Weissbuch über die Atombombenopfer hinweisen, das im Juni dieses Jahres herauskam. Danach sind beim Abwurf der beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 rund 30 000 Menschen auf der Stelle getötet worden. Es heisst im Bericht ferner, die schleichenden Strahlungsschäden habe man bisher weitgehend unterschätzt, denn allein in der Zeit von 1956 bis 1959 starben 141 Personen in dem Spezialkrankenhaus für Atombombenopfer an den Folgen der übermässigen Strahlung. - Jede heute versuchsmässig zur Explosion gebrachte Atombombe aber hat mindestens eine hundertfache Strahlungskraft gemessen an den damals in Japan abgeworfenen.

Niederlage der Spaltergewerkschaft

Vg. - Mit gemischten Gefühlen wird der CDU-Bundestagskandidat Johann Klein aus dem Saarland am 17. September daran gehen, seine Stimmen zu zählen. Das deshalb, weil er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der sogenannten "Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute" (GCS) bereits Ende August jene Stimmen zählen musste, die bei den Betriebsrätewahlen im Saarbergbau auf die Listen seiner Spaltergewerkschaft entfallen waren. Dabei stellte sich erneut heraus - genau wie bei den Betriebsrätewahlen von 1957 und 1959 -, dass die Saarbergleute nicht der starkem CDU-Einfluss unterliegenden GCS das Vertrauen schenkten, sondern sich für die Listen und Kandidaten der IG Bergbau und Energie entschieden.

Mit über 69 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen behauptete die Einheitsgewerkschaft gegenüber der Spaltergewerkschaft von CDU-Klein ihre Position im Saarbergbau und sicherte sich damit auch für die Zukunft ihren dominierenden Einfluss auf die soziale und wirtschaftliche Gestaltung in diesem wichtigen saarländischen Wirtschaftszweig.

Vom 23. bis 25. August wurde in 24 Betrieben des Saarbergbaus gewählt. In 19 Betrieben davon gelang es der IG Bergbau und Energie, sich die absolute Mehrheit zu sichern. Nur in drei Betrieben, die schon immer sogenannte Hochburgen der GCS waren, konnte sich die Klein-Gewerkschaft behaupten, während in zwei Betrieben das Verhältnis zwischen IG Bergbau und Energie und der GCS ausgeglichen ist, so dass die Angestellten-Betriebsräte hier bei der Mehrheitsbildung - also welche Gruppe den Betriebsratsvorsitzenden stellt - den Ausschlag gibt. Der aus Vertretern der einzelnen Betriebsratsgremien zu bildende Gesamtbetriebsrat der Saarbergwerke AG, wovon immerhin über 50000 Arbeitnehmer betreut werden, wird also ebenfalls eine klare Mehrheit der IG Bergbau und Energie haben. Nicht weniger bedeutsam ist das Wahlergebnis für die Bildung der Mitbestimmungsorgane bei den Saarberg-

werken. Auch hier wird die Mehrheit auf der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat bei der IG Bergbau und Energie liegen und die im kommenden Jahr fällige Neuwahl des Arbeitsdirektors damit entscheidend beeinflussen.

Der CDU-Funktionär Johann Klein hat also mit seiner Gewerkschaft, die auf höchstens 14 000 Mitglieder geschätzt wird, auf der ganzen Linie klar verloren. Wenn man jedoch den GCS-Stimmenanteil von etwa 38 Prozent in Beziehung zu den Betriebsrätewahlen im übrigen bundesdeutschen Bergbau bringt, wo die sogenannte christliche Gewerkschaft mit einem Stimmenanteil von nicht einmal einem Prozent aus dem Feld geschlagen wurde, so ist das nur aus der historischen Entwicklung an der Saar zu verstehen.

Dort wurde bereits 1947 (!) unter dem Protektorat des damaligen Französischen Aussenministers Bidault eine "christliche" Gewerkschaft gegründet, die sich zwar nie so recht zu entwickeln vermochte, weil die Einheitsgewerkschaft auch an der Saar die stärkere Resonanz unter den Bergarbeitern hatte. Ihre "grosse Stunde" kam dann erst, als das Hoffmann-Regime den damaligen Industrieverband Bergbau 1953 aus politischen Gründen auflöste und ein grosser Teil der saarländischen Bergarbeiter keine andere Chance hatte, als sich der GCS anzuschliessen, wenn sie in Arbeits- und Sozialrecht nicht ohne gewerkschaftlichen Schutz bleiben wollten. Als es aber 1955 zur Aufhebung des schikanösen Verbots kam, gewann die jetzige IG Bergbau und Energie schnell wieder an Boden; schon bei den Betriebsrätewahlen 1957 wurde die GCS wieder eindeutig auf den zweiten Platz verwiesen. Das ist bis heute auch so geblieben. Es zeigt sich, dass die "christliche" Gewerkschaft trotz ihrer wesentlich günstigeren Ausgangsposition - sie wurde vom Hoffmann-Regime nicht verboten, sondern sogar noch gefördert - die Idee von der Gewerkschaftseinheit bei den saarländischen Bergarbeitern nicht ausmerzen konnte, obwohl das ihre erklärte Absicht ist.

+ + +

Verantwortlich: Günter Merkscheffel